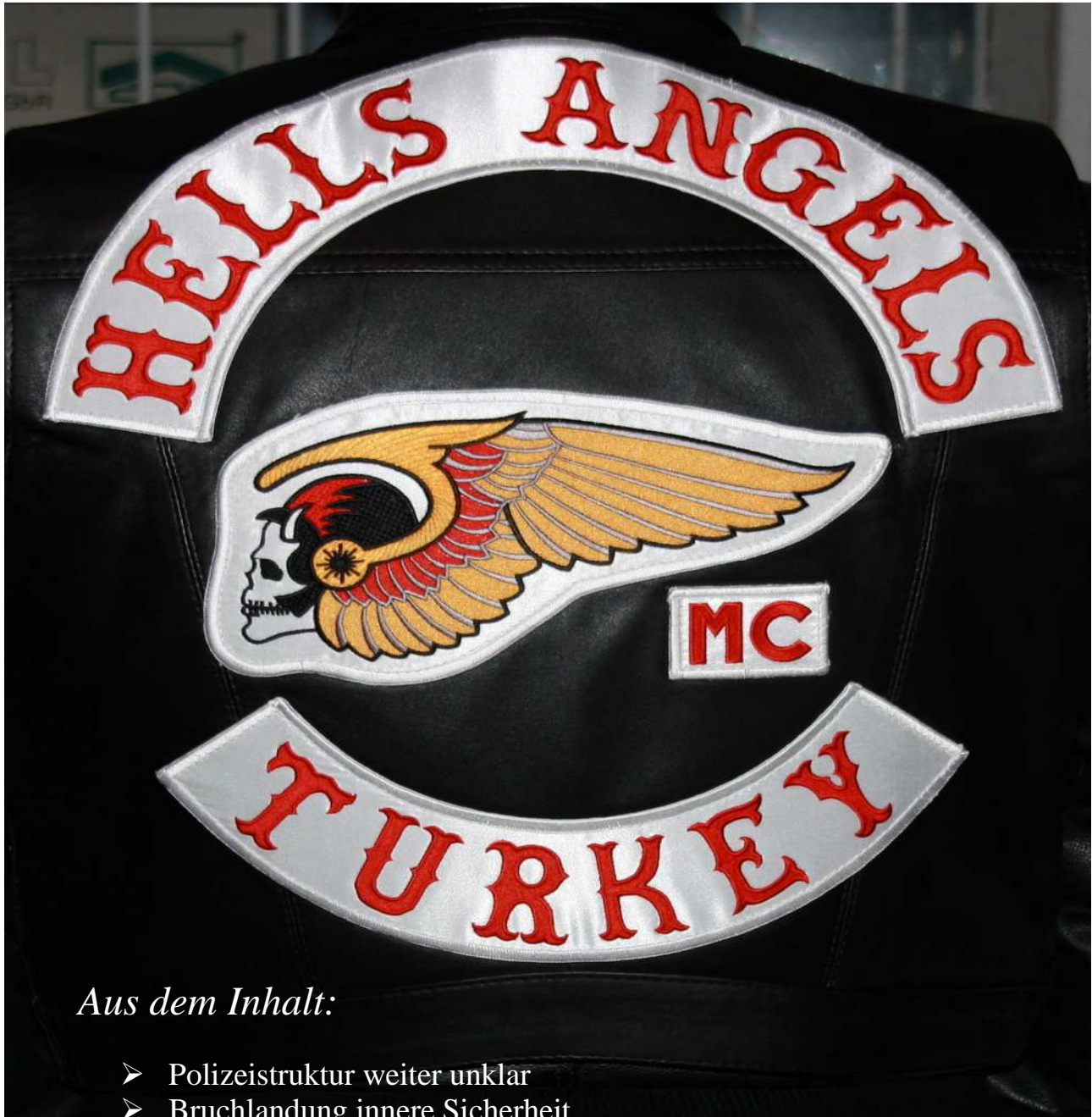


# Profil



## *Aus dem Inhalt:*

- Polizeistruktur weiter unklar
- Bruchlandung innere Sicherheit
- Null Toleranz gegen Rocker
- Neue Einsatzfahrzeuge für Kriminaltechnik
- Mein Rad ist kodiert
- BDK Brandenburg in Köln
- und viele weitere Informationen

## Inhalt:

- Strukturreform wegen Personalabbau - **3**
- BDK prognostiziert Bruchlandung der inneren Sicherheit - **4**
- Null Toleranz gegen Rocker – **5, 17**
- Zum Thema Rocker – Experten befragt - **6**
- Produkte der „Hells Angels“ im Handel - **8**
- Neue Einsatzfahrzeuge für Kriminaltechnik - **8**
- Finger weg, mein Rad ist kodiert! - **10**
- Kriminalstatistik Berlin 2009 - **11**
- Tierisch ernst - **12**
- BDK Brandenburg in Köln - **13**
- Meldungen aus anderen Bundesländern und dem Ausland - **15**
- Beamte zweiter Klasse? - **16**

### Infos:

Bund Deutscher Kriminalbeamter  
Landesverband Brandenburg  
Goepelstraße 90  
15234 Frankfurt (Oder)  
Tel.: 0171 – 242 86 68  
Fax: 0335 – 680 39 48  
Email: [lv.bb@bdk.de](mailto:lv.bb@bdk.de), Internet: [www.bdk.de](http://www.bdk.de)

### Impressum:

Bund Deutscher Kriminalbeamter  
Landesverband Brandenburg  
Goepelstr. 90  
15234 Frankfurt (Oder)  
Tel.: 0335 - 60 68 88 83  
Fax: 0335 – 680 39 48  
Email: [Harald.Broeer@bdk.de](mailto:Harald.Broeer@bdk.de)

### ■ BDK – Veranstaltungen im Blick

Termin	Thema	Ort
18.05.2010	Serienbrandstiftungen	Dresden
21.05. – 25.05.2010	Family Camp 2010	Spalt-Wernfels
<b>04.06.2010</b>	Treffen der Ruheständler LV BB	Groß Schönebeck
21.06. – 23.06.2010	Kriminalpolizeiliche Vernehmung	Würzburg
13.09. – 15.09.2010	Quo Vadis? Die Zukunft der Kripo	Würzburg
11.10. – 13.10.2010	Tatort Internet	Wesseling
21.10. – 22.10.2010	Todesermittlungen	Bremen
22.11. – 25.11.2010	Fahndung in Europa	Wesseling

Weitere Informationen zu diesen und anderen Veranstaltungen unter [www.bdk.de](http://www.bdk.de) .

## ■ Strukturreform wegen Personalabbau

Am 09.04.2010 veröffentlichte die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) folgende Informationen:

### Polizeireform

#### Zahl der Polizeiwachen soll halbiert werden Strukturkonzept für Polizei sieht Auflösung der Schutzbereiche vor



**POTSDAM** - Die Landesregierung will die Zahl der rund um die Uhr besetzten Polizeiwachen von 52 auf höchstens 24 senken. Darauf hat sich die von Innenminister Rainer Speer (SPD) eingesetzte Reformkommission nach MAZ-Informationen geeinigt. Im Gespräch ist sogar eine Reduzierung auf zwölf Wachen. An Orten, wo Wachen geschlossen werden, sollen sogenannte Gruppenposten eingerichtet werden. Revierpolizisten werden dort tageweise zu erreichen sein. Nachteinsätze sollen die Streifenwagenbesatzungen der verbliebenen größeren Wachen übernehmen. Grundsätzlich fest steht offenbar

die künftige Organisationsstruktur der gesamten Landespolizei. Die beiden Polizeipräsidien – Potsdam und Frankfurt (Oder) – sollen zu einem verschmolzen werden. Die 15 Schutzbereiche werden aufgelöst. An ihre Stelle treten vier Direktionen. Sie sollen in Potsdam, Neuruppin, Cottbus und Frankfurt (Oder) ihren Sitz haben. Damit wären sie weitgehend deckungsgleich mit den Landgerichtsbezirken. Das soll Abstimmungen erleichtern. Beschlossene Sache ist offenbar auch die Abschaffung einer der vier Polizeihundertschaften. Zwei Wasserwerfer, die derzeit in Potsdam stationiert sind, sollen an den Bund zurückgegeben werden. Abgespeckt werden soll überdies das in Eberswalde (Barnim) ansässige Landeskriminalamt. Es könnte seine Außenstellen einbüßen. Voraussetzung wäre, dass die Behörde Ermittlungsbefugnisse wieder abgibt, die ihr erst übertragen wurden – etwa im Bereich Wirtschaftskriminalität.

Inhaltlich wollte sich das Innenministerium gestern nicht äußern. Laut Vize-Sprecher Geert Piorkowski soll die Kommission ihre Vorschläge bis Sommer vorlegen. Speer will seine Personal- und Strukturreform im September in den Landtag einbringen. Bei der brandenburgischen Polizei sollen bis 2020 knapp 1900 Stellen wegfallen. Dann soll es nur noch 7000 Ordnungshüter geben. (Von Ulrich Wangemann)

### Grobe Mängel

#### Kommentiert - Volkmar Krause über erste, der MAZ bekanntgewordene Details des Polizeikonzepts -

Das, was über die neue Struktur der Brandenburger Polizei jetzt bekanntgeworden ist, verheißt nichts Gutes. Die von Innenminister Rainer Speer eingesetzte Strukturkommission hat das Konzept, das im Sommer vorliegen soll, zwar noch nicht fertig, aber das Grundgerüst scheint zu stehen. Das Problem dabei ist nicht, dass eines der noch verbliebenen beiden Polizeipräsidien wegfallen soll. An Führungsinstitutionen hat es der märkischen Polizei in letzter Zeit nicht gemangelt. Die Zahl der Häuptlinge hat beträchtlich zugenommen. Ernsthafte Fragen werfen die geplante Abschaffung der Schutzbereiche und die Reduzierung der Wachen auf. Wenn von jetzt 52 nur noch 24 Wachen übrig bleiben sollen – andere Varianten gehen von noch weniger aus –, ist das ein dramatischer Einschnitt. Selbst wenn die neuen Wachen personell und technisch hochgerüstet werden, dürften sich die Wege zum Ereignisort für den Streifenwagen deutlich verlängern. Für Großkreise wie die Uckermark spitzen sich die Probleme damit eher zu. Unverständlich ist auch, dass das Landeskriminalamt abgespeckt werden soll. Speers Vorgänger Jörg Schönbohm hatte die Kriminalpolizei umstrukturiert und dem LKA Kompetenzen übertragen. Also rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln? Stimmig ist das Ganze noch lange nicht. (Quelle: <http://www.maerkischeallgemeine.de/>)



## ■ Kripo-Gewerkschaft prognostiziert Bruchlandung der Inneren Sicherheit

„Eine Reform hat eigentlich eine Funktionsverbesserung zum Ziel. Anders aber ist dies bei der derzeit geplanten, nunmehr 3. Polizeireform in Brandenburg. Einzig die Erfüllung der Vorgabe zur



Personaleinsparung von weiteren 1900 Stellen ist das Ziel, dem sich offenbar die Inhalte unterzuordnen haben“, bewertet Gerd-Christian Treutler die bekannt gewordenen Pläne des Innenministeriums. Wenn danach die zwei Polizeipräsidien zu einem verschmolzen und aus den 15 Schutzbereichen 4 Direktionen werden, die vielleicht endlich sogar mit den Landgerichtsbezirken in Übereinstimmung gebracht werden, so kann der BDK darin durchaus positive Ansätze sehen, ja sogar eigene Forderungen wiederfinden.

Doch der Haken liegt unterhalb der Führungsebene. „Entscheidend ist die polizeiliche Grundversorgung, also der Wach- und Wechseldienst zur Gewährleistung einer schnellen Gefahrenabwehr und die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung zur Bekämpfung der Kriminalität vor

Ort“, betont Treutler. Wie das aber mit nur noch 12-24 Wachen statt 52 landesweit gesichert werden soll, bleibt das Geheimnis der Strukturkommission.

Eine Reduzierung der Polizei auf 7000 Stellen ist ein Rückzug aus der Fläche und deshalb unverantwortlich. Mit den bereits durch das Schönbohm-Ministerium beschlossenen und noch nicht einmal vollständig umgesetzten Personalkürzungen von 1395 Stellen ist das Maß des Verkräftbaren bereits erreicht gewesen.

Die Kriminalpolizei wurde erst Mitte 2008 komplett umgestaltet. Eine erneute radikale Umgestaltung zerstört jede Kontinuität, die gerade erst wieder entsteht. Polizei nach Kassenlage zu betreiben ist langfristig nicht möglich – das wissen nicht nur die Polizisten selbst, sondern auch die Bürger und nicht zuletzt die Straftäter, die jede Lücke im Sicherheitssystem zu nutzen wissen werden. Bezug: MAZ vom 09.04.2010, Rückfragen: 0171 2426001, Gerd-Christian Treutler, Pressesprecher / 1. Stellv. Landesvorsitzender

### **Kommentar: Organisationsmodell erarbeitet oder nur ein Gerücht?**

Das Innenministerium dementiert die Medienberichte. Es wurde noch kein Organisationsmodell erarbeitet. Es wird auf die vom Minister definierte Zeitschiene verwiesen. „Sobald belastbare Informationen vorliegen, werden wir, wie angekündigt, berichten.“, heißt es aus dem Innenministerium.

Ich habe es doch gewusst, sagen mache, geschwindelt haben diese Journalisten, einfach nur geschwindelt! Dürfen die denn über ein Organisationsmodell berichten, wenn dieses nicht existiert? Wer erfindet so etwas? Wen darf man das Vertrauen schenken? Der Politik, den Ministern? Da für den Innenminister, Gewerkschaften offenbar nicht vertrauenswürdig genug sind, in der von ihm geschaffenen Kommission zur Erarbeitung der neuen Organisationsstruktur mitzuarbeiten fällt es sehr schwer Vertrauen zu erwarten.

Für sehr viele Kolleginnen und Kollegen ist die Schwindelei sehr belastend und das Vertrauen in die Politik ist beschädigt. Erst im Sommer soll die Wahrheit an den Tag kommen. Die Zeit bis dahin dürfte nicht weniger belastend sein. Eins scheint klar zu sein, der Mensch, der Polizist, spielt bei der Strukturreform keine wirkliche Rolle. Er ist eine wirtschaftliche Rechnungseinheit, vielleicht eine Nummer. Was sich hinter dieser zweibeinigen mit Hirn ausgestatteten Rechnungseinheit verbirgt hat keine Gefühle, keine Familie und natürlich auch keine Zukunftsängste. Die Rechnungseinheit muss hoch motiviert sein. Ständig bereit sein, belastbare Informationen fehlender Rechnungseinheiten zu ertragen.

Jede Belastbarkeit hat seine Grenze. Gerüchte sind nicht selten Rauchzeichen der Wahrheit. Wir werden erfahren, wie weit das erfundene Organisationsmodell der Journalisten vom echten Organisationsmodell des Ministers entfernt war.

Der BDK ist der gewerkschaftliche Interessenvertreter, welcher über die Zukunft unseres Berufes sehr besorgt ist und seine Meinung zur Sicherheit unserer Mitmenschen zum Ausdruck bringen muss. Wir stehen im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Der Bürger hat Anspruch darauf, zu erfahren, was auf ihn zukommen kann.

Es darf nicht zugelassen werden, dass die Polizei ausblutet und die Kripo stirbt!

Der BDK ist kein Verband, welcher sich gegen jede Art von Neuerung stellt. Im Gegenteil, Neuerungen sind für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung unerlässlich.

Der BDK wendet sich jedoch gegen jede Art von unsachlichem Personalabbau.

Der BDK wendet sich gegen Neuerungen auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen.

Politiker meinen, gute Leistung soll sich lohnen, dann müssen sie auch dafür etwas tun und nicht ständig nach Möglichkeiten suchen, Lohn zu kürzen.



### ■ Blick in die polizeiliche Zukunft, aber bitte mit Kreativität!

"Auch mit 7000 Polizisten kann eine effiziente Polizeiarbeit organisiert werden", sagt Speer. Erfahrungen in anderen Bundesländern zeigten, dass auch eine geringere Personalstärke die innere Sicherheit gewährleiste. Hinzu komme, dass die Kriminalität in Brandenburg zurückgegangen sei die Einwohnerzahl sinke. Ziel sei weiterhin eine "breite Präsenz" der Polizei im Land - mit sichtbaren Streifen und Revierpolizisten. Abläufe müssten dennoch gestrafft werden. "Wenn die Katze wegläuft, ist das nicht zwingend Aufgabe der Polizei."

2020 würde ein Polizist in der Mark durchschnittlich 50 Jahre alt sein. Das ist die Prognose und mit 50 ist der Lack ab.

Derzeit seien Polizisten durchschnittlich 44 Jahre alt. Die Frage nach der mangelnden Fitness der alternden Beamten ließ Speer nicht gelten: "Viele über 50 sind noch fit." Stimmt: NOCH!

„In Polizeikreisen wird als eine Variante gehandelt, dass die Brandenburger Polizei den Berliner Strukturen angeglichen wird. Übrig bliebe ein zentrales Präsidium in Potsdam sowie mehrere Direktionen, zu denen manche Schutzbereiche aufgewertet würden. Das Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) würde dann zur Direktion umgewandelt. Derzeit existieren 15 Schutzbereiche und 50 Wachen im Land.

Allerdings müsse auch künftig landesweit eine „breite Präsenz“ der Polizei gesichert werden, so Speer. Um in den dünn besiedelten Gebieten ausreichend Sicherheit zu gewährleisten, sei beispielsweise beim Einsatz von Streifen und Revierpolizisten „besondere Kreativität“ gefragt. (Auszüge aus Medienberichten vom Monat Februar 2010)

### „Polizeiwachen Light“



## ■ Null-Toleranz gegen kriminelle Rocker

Im Land Brandenburg sind krimineller Rocker ungebetene Gäste. Sie halten nicht nur die Polizei in Atem, sondern verbreiten Angst und Schrecken. Die Polizei muss Rocker gegen Rocker schützen. Das dies keine Lösung ist, dürfte jedem klar sein, der sich damit auskennt. Jüngst musste sich die Landesregierung mit der Thematik Rockerkriminalität befassen.

Brandenburgs Polizei wird auch künftig mit Null-Toleranz gegen kriminelle Rocker vorgehen. Das hat Innenminister Rainer Speer in Potsdam bekräftigt. "Bei diesen Leuten geht es nicht um schickere Kutten oder die PS-Vorherrschaft. Hier geht es um Dinge wie Drogengeschäfte, und Schutzgelder bis hin zum Ausschalten von Macht-Konkurrenten", sagte Speer. Es habe sich bis in die letzten Tage gezeigt, dass die Rockerbanden auch in Brandenburg Terrain beanspruchen.



Die Landespolizei habe bereits vor geraumer Zeit auf diese Entwicklung reagiert. So wurden laut Speer im vorigen Jahr zur Bekämpfung der Rockerkriminalität die vorherige temporäre "Besondere Aufbauorganisation" in feste Organisationsstrukturen überführt. Das LKA und beide Polizeipräsidien verfügten seitdem über spezielle kriminalpolizeiliche Sachbereiche "Rocker". Es werde eng mit den Nachbarländern, insbesondere Berlin, zusammengearbeitet.

Dieser Einsatz zahle sich aus. "Wir sind nah dran, das bekommt die Szene zu spüren", so Speer. Grund für eine Entwarnung gebe es nicht. Am Machtanspruch und dem Selbstverständnis der vermeintlich "Gesetzlosen" habe sich bei diesen Rockerbanden nichts geändert. Ein konsequenter Einsatz gegen die Rockerkriminalität ist für Speer auch im Hinblick auf den allgemeinen Ruf der Bikerszene wichtig. Er warnte davor, Motorradfahrer mit entsprechendem Outfit unter

Generalverdacht zu stellen. "Niemand stellt die Bikerszene und ihren Freizeitspaß wegen einiger krimineller Rocker unter Generalverdacht", betonte Speer. (Quelle: 25.03.2010, aus Presseerklärung MI)

## ■ Thema Rocker: Experten befragt

Aus aktuellem Anlass stellte die Redaktion – Profil – den Experten für Rockerkriminalität des LKA Brandenburg, Herrn LKD Gellenbeck, einige Fragen zur Rockerproblematik.

Hier ungeschminkt die Fragen und Antworten:

**Frage:** Wie ist die Auffassung zur aktuellen Diskussion eines generellen Verbots von Rockergruppen?

**Antwort:** Ein generelles Verbot von Rockergruppen, also den Hells Angels (HAMC), den Bandidos (BMC), Outlaws (OMC) oder Gremium (GMC, jeweils in Gänze, wird schon mal als theoretisch wünschenswert bezeichnet, weil es den erheblichen Aufwand der Verbote einer Vielzahl von einzelnen Chapter/Charter auf einen einmaligen Vorgang reduzieren würde. Wer einem solchen Verfahren reelle Chancen zutraut, sollte dann allerdings ein gleichzeitiges Verbot aller Outlaw Motorcycle Gangs (OMCG) – siehe oben – anstreben. Sonst machen die Verbotsbehörden den Job der Konkurrenzclubs!

2008/2009 erarbeitete eine Bund-Länder-Projektgruppe (BLPG) der Kommission Organisierte Kriminalität (KOK) eine „Bundeseinheitliche Bekämpfungskonzeption“ gegen Rockerkriminalität, die zwischenzeitlich auch in die Bekämpfungskonzeption der Polizei BB eingearbeitet wurde. Darin werden die deutschen Polizeidienststellen verpflichtet, ständig im Rahmen der Erkenntnisgewinnung zu prüfen, ob die Voraussetzungen für ein Vereinsverbot eines Chapters oder Charters vorliegen könnten. Es wird ausdrücklich festgestellt, dass das Verbot eines OMCG in Gänze nicht realistisch erscheint.

In allen Bundesländern und beim Bund gibt es daher derzeit Prüfungsvorgänge, inwieweit ein Verbot einer Rockergruppierung möglich erscheint; alle LKÄ berichten dem BKA in formatierten Zulieferungen.

**Frage:** Kann zwischen gefährlichen und ungefährlichen Rockergruppen unterschieden werden? Wenn ja, wie sehen die Unterscheidungsmerkmale aus?

**Antwort:** Der Begriff „Rocker“ ist nicht durch eine Legaldefinition abgegrenzt. Bei Motorradclubs muss zwischen grundsätzlich gesetzestreu und „gesetzlosen“ unterschieden werden. Alle sogenannten „Onepercenter“ (Einprozenter) müssen als potentiell polizeilich interessant angesehen werden.

Die Clubs nennen sich selbst so; ihre Mitglieder tragen einen Patch (Aufnäher) mit dem 1%-Zeichen in einer Raute auf ihrer Kleidung, zumeist der „Kutte“ (Leder- oder Jeansweste mit Clubabzeichen).

Die Bedeutung dieses Zeichens geht zurück auf ein traditionelles Motorradfahrertreffen in Hollister/USA am US-Unabhängigkeitstag (04. Juli) 1947 - (Hollister Bash). Dabei kam es zu Ausschreitungen, in deren Verlauf die örtlichen Polizisten überwältigt und in ihre eigenen Zellen gesperrt worden sein sollen. Möglicherweise wurden die Geschehnisse durch die sensationslüsterne Presse aufgebauscht. Durch den



Präsidenten der American Motorcyclist Association (AMA), die als Ausrichter des Treffens aufgetreten war, wurde beschwichtigend erklärt, 99 % aller Motorradfahrer seien gesetzestreu Bürger.

Seither tragen diejenigen Motorradfahrer, die sich den gesellschaftlichen Konventionen und Gesetzen nicht unterwerfen wollen, das 1%-Patch. Für Deutschland sind das im Wesentlichen die Mitglieder der eingangs genannten OMCG.

In einer Erhebung von 2006 hatte Europol festgestellt, dass durchschnittlich 56 % ihrer Mitglieder vorbestraft sind.

Funktionäre von OMCG kooperieren generell nicht mit der Polizei; Anzeigen werden nicht erstattet, Aussagen nicht gemacht; Polizisten (auch ehemalige) können nicht Mitglied werden.

Allerdings sind innerhalb der OMCG Chapter/Charter hochgradig problematische (kriminell/gewalttätig) und wenig auffällige und kooperationsbereite zu finden, was für eine differenzierte (Verbots-)Betrachtung spricht.

**Frage:** Welches Gefährdungspotential besteht allgemein und in Besonderheiten für Brandenburg?

**Antwort:** Während Westdeutschland und Berlin eine bis in die 1970er Jahre zurückreichende Rockertradition haben, waren die Verhältnisse in der DDR diesbezüglich nicht vergleichbar. Brandenburg wurde erst punktuell in den 1990er Jahren mit der Problematik konfrontiert. Lediglich GMC hatte hier konsequent Fuß gefasst und lieferte, abgesehen von kurzzeitigem Auftreten der anderen Clubs, meist aus Berlin, das Hauptproblem.

Erst 2006 etablierten sich HAMC und kurz darauf BMC in Brandenburg – beide zunächst in Cottbus. Seither haben sie sich, einschließlich ihrer Unterstützerclubs (Supporter), quasi über das ganze Land ausgebreitet.

OMCG sind vornehmlich im Bereich des Sicherheitsgewerbes, des Motorradhandels, Event-Managements, mit Tattoo-Studios und in artverwandten Geschäftsfeldern aktiv. Daneben finden sich immer wieder Hinweise auf Rauschgifthandel, Schutzgelderpressungen und Gewaltkriminalität. In diesen Aktivitätsfeldern liefern sie sich einen teilweise brutalen Kampf um die Vorherrschaft. Angesichts der schwelenden Dauerkonflikte mit wechselnden Allianzen ist bei den Rockern eine ständige Bewaffnung (allerdings nur im Ausnahmefall Schusswaffen) und das Tragen von ballistischen Westen fast durchgängig festzustellen.

Während Außenstehende bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen eher nur als Zufallsopfer betroffen sind, werden sie im Bereich der Erpressungstaten überwiegend die Geschädigten.

**Frage:** Kann oder sollte man Kolleginnen und Kollegen auf bestimmte Verhaltensweisen im Umgang mit Rockern hinweisen, insbesondere zu Fragen der Eigensicherung?

**Antwort:** Rocker/OMCG bilden eine Subkultur mit eigenen Regeln, Kleidung, „Fachausdrücken“ und einem teilweise abgeschotteten Clubleben. Sie wissen, dass das geschlossene (massenhafte) Auftreten martialisch wirkender, einheitlich schwarz gekleideter Männer mit schweren Motorrädern bedrohlich und einschüchternd wirkt – auch gegenüber der Polizei.

Genau solche militanten Machtdemonstrationen zu verhindern sieht die brandenburgische Bekämpfungskonzeption vor. Das setzt eine gute Aufklärung und polizeiliche Vorbereitung voraus. Der Einsatz szenekundiger Beamter ist unbedingt sinnvoll. Sie wissen um die Bedeutung aktueller Geschehnisse, der getragenen Patches und um die Hierarchie.



Manchmal wird ein Einschreiten ohne optimale Vorbereitung auf polizeilicher Seite erforderlich werden. Ein entschlossenes, sachliches Auftreten und konsequente Vorgaben haben sich i.d.R. als akzeptiert bewährt. Dabei ist immer auf Eigensicherung zu achten. Wenngleich Schusswaffen nur selten gefunden werden, haben Rocker fast immer Zugriff auf Hieb- und Stichwaffen bzw. analog gefährliche Gegenstände, oft tragen sie ballistische Schutzwesten und Helme.

Wenn man eine Weisung durch „unüberwindliche“ Begleitmaßnahmen (Blockierung durch Kfz., Stop-Stick auslegen etc.) unterstützen kann, sollte man das tun. In ungeklärten Situationen immer Verstärkung anfordern, notwendiges Einschreiten aber nicht zwingend von deren Eintreffen abhängig machen.

Danke, für die Beantwortung der Fragen.

## ■ Produkte der „Hells Angels“ im Handel

### *Spirituosen der "Hells Angels" in Supermärkten*

Am 29.03.2010 äußerte sich der stellvertretende BDK-Vorsitzende, Bernd Carstensen, gegenüber NDR-Info empört über Produktlieferungen der „Hells Angels“ an große Supermarktketten.

"Wenn die 'Hells Angels' mit ihren Produkten bereits den Schritt in die großen Supermarktketten geschafft haben, dann ist ihnen der Schritt aus der Schattenwirtschaft gelungen.“ (Zitat Bernd Carstensen)

Unter dem Label "Original 81" werden seit Februar in der Region Hannover in den Warenhäusern der Supermarktkette Real Whiskey, Wodka, Brandy und Rum-Literflaschen gesichtet. Beworben wurden diese Spirituosen mit dem Slogan „neu bei Real“.

Der Markenname ist pikant! Die Ziffer acht steht für den Buchstaben H im Alphabet. Die eins steht für das A - zusammen bilden sie die Abkürzung der Rockergruppe "Hells Angels".

### *Im Fokus der Ermittler*

Die "Hells Angels" weisen regelmäßig jede Verbindung zum kriminellen Milieu zurück. Die Entwicklung ist höchst bedrohlich, denn bundesweit werden Rockergruppen von Spezialabteilungen der Polizei für organisierte Kriminalität beobachtet. Der Sprecher des Landeskriminalamtes Niedersachsen, Frank Federau, äußerte (Zitat): "Wenn wir uns die Mitglieder angucken von den Rockergruppierungen, können wir sagen, dass dort von diesem Personenkreis vorwiegend Straftaten begangen werden Richtung Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung, dann die ganzen Milieustraftaten, also Verstöße gegen das Waffengesetz, Betäubungsmittelkriminalität und natürlich auch bis hingehend zu Tötungsdelikten."

### *190 Einzelhändler mit "Original 81" im Sortiment*

Bei der Firma Real war man nach eigenen Angaben ahnungslos, entschloss sich aber, die Produkte aus dem Regal zu nehmen, nachdem die Firma von der Kritik des BDK erfuhr. Für Bernd Carstensen ist die Angelegenheit damit noch lange nicht vom Tisch. Auf ihrer Internetseite veröffentlicht die in Hannover-Garbsen ansässige Firma eine lange Liste von Einzelhandelsfirmen, die ihre Produkte vertreiben.

Rund 190 Adressen werden genannt. Darunter Tankstellen und Getränkegeschäfte, Kioske und gastronomische Betriebe. Und das dortige Angebot besteht nicht nur aus Spirituosen: Es werden Tabakwaren, Sweatshirts, Eiweißdrinks und vor allem Bier vertrieben. Eine Warenpalette, die der Chef der als einflussreich geltenden Hannover-Sektion der "Hells Angels", Frank Hanebuth, bereitwillig vor laufender Fernsehkamera präsentiert.

### *"Man muss Distanz wahren zu den Leuten"*

Rein rechtlich ist nichts gegen den Vertrieb der Produkte einzuwenden. Dennoch sollte jeder den Kauf überdenken, denn bundesweit werde über ein Verbot dieser Rockergruppen diskutiert.

(Quelle: BDK – LV Hessen, Onlinezeitschrift Hessen Extra Nr. 04-2010)

## ■ **Neue Einsatzfahrzeuge für Kriminaltechnik**

Ende Januar wurden durch ZDPol/Bereich ZBTL siebzehn Renault Kangoo Rapid 1.5 dCi an ihre neuen Nutzer übergeben.

Alle Fahrzeuge sind mit Partikelfilter, ABS, ESP, Front- und Seitenairbags, Klimaanlage und Zentralverriegelung ausgestattet.

Zur Ausstattung der Fahrzeuge gehören sechs Einsatzkoffer:

- großer Spurensicherungskoffer
- kleiner Spurensicherungskoffer
- Fuß- und Reifenspurensicherungskoffer
- Brandermittlungskoffer
- Fotokoffer
- Leerkoffer mit variabler Fächeraufteilung

Für die Arbeit am Tatort ist weiterhin ein LED Arbeitslichtsystem mit Stativ, ein Wasserkanister, eine Multifunktionsleiter, sowie diverse Handwerkzeuge vorhanden. Eine Stromversorgung am Tatort ohne Fremdeinspeisung macht der mitgelieferte Stromerzeuger möglich. Die zwei Kabeltrommeln mit jeweils 25 Metern Kabel sollten die Entfernung vom Fahrzeug zum Tatort überbrücken.

Bei gefühlten minus 40 Grad hat eine nette Frostbeule für Profil die Türen des „Neuen“ geöffnet und einen Blick hinter die Kulissen erlaubt.

Die Kommentare der Kriminaltechniker sind unterschiedlich. Nicht alles ist schlecht. Einige bemängeln, dass sie erwartet hätten, vorher zur Fragen der Auswahl des Fahrzeuges und zur Ausstattung einbezogen zu werden. Damit wäre mache Arbeit nachträglich erspart geblieben. Gegenüber der besseren Ausstattung gegenüber den alten Fahrzeugen wird die Größe des Fahrzeuges kritisch betrachtet. Die Vorgänger waren größer. Beim Transport von sperrigem Spurenmaterial werden sich manche Kriminaltechniker zum Verpackungskünstler entwickeln müssen. Dass sich Mann oder Frau im Fahrzeug kaum ihrer schmutzigen Arbeitsbekleidung entledigen können wird als echter Nachteil empfunden. Bei dieser Neuerwerbung hat man sicherlich die Arbeitsbedingungen außen vor gelassen und zu einem „Sparmodell“ gegriffen. Schon einmal hatte man sich mit dem Einsatzfahrzeug Spar-Corsa verkalkuliert. Meist stimmt das Sprichwort: Wer billig kauft, kauft doppelt!



Renault Kangoo Rapid 1,5 dCi



Der BDK wird sich auch künftig für die weitere Verbesserung der Einsatztechnik und auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einsetzen.

Wo Kriminaltechnik drauf steht,  
muss auch Kriminaltechnik drin  
sein!

### ■ Finger weg – Mein Rad ist codiert!



- Schließen Sie Rad und Rahmen Ihres Fahrrads stets an einem festen Gegenstand an!
- Geeignet sind besonders massive Stahlketten, Bügel- oder Panzerkabelschlösser!
- Füllen Sie Ihren Fahrradpass sorgfältig aus und verwahren Sie ihn sicher in Ihren persönlichen Unterlagen!
- Bringen Sie gut sichtbar den Aufkleber „Finger weg - Mein Rad ist codiert!“ an!
- Lassen Sie Ihr Fahrrad von Fachleuten codieren oder auf andere Weise dauerhaft individuell kennzeichnen! Weitere Informationen zum Schutz vor Fahrradklau gibt es im Internet unter <http://www.polizei-beratung.de/>.

2009 wurden im Land Brandenburg insgesamt 15.747 Fahrraddiebstähle (nach 16.870 Fällen in 2008) registriert, von denen 2.418 Fälle (2008: 2.317 Fälle) aufgeklärt werden konnten. Dies entspricht einer Aufklärungsquote von 15,4 % (nach 13,7 % in 2008) und dabei wurden 1.198 Tatverdächtige (2008: 1.174) ermittelt. Das sind die nackten Zahlen.

Wenn man jedes gestohlene Fahrrad mit einem Wert von „nur“ 100,-- Euro berechnet, ist der Schaden nicht hoch genug. Der Teileverkauf ist vermutlich ein gewinnbringendes Geschäft.

Wie sieht nun die Bekämpfung der Fahrradkriminalität aus? Anzeige per Internet erstattet? Nach kurzer Zeit die Mitteilung erhalten, keine Hinweise zum Täter, Verfahren eingestellt. So oder ähnlich hat es schon mancher Steuerzahler erlebt.

Wie wurden die 2418 Fahrraddiebstähle aufgeklärt? Es wurden 1198 Tatverdächtige ermittelt. Waren das auch die Täter? Wer sind die Täter? Werden Tatorte aufgesucht? Wird nach Spuren gesucht und werden Zeugen ermittelt? Wie wird nach den Fahrrädern gefahndet?

Notwendig wäre viel mehr Einsatz. Wer soll diesen Einsatz erbringen? Wer hat dafür Zeit? Wer bearbeitet diese Art von Massenkriminalität?

Schluss mit den Fragen, die keinen interessieren. Gehen wir zur „normalen“ Polizeiarbeit über.

### ■ **Kriminalstatistik Berlin 2009 veröffentlicht**

Laut dieser Statistik wurden 2009 allein in Berlin 7161 Autos gestohlen. Das sei ein Plus von 36,2 Prozent. Bei der Internetkriminalität wurde ein Zuwachs von 39,6 % registriert. Die Aufklärungsquote liegt bei knapp unter 50 Prozent. Hat Brandenburg damit etwas zu tun?

In den Grenzregionen des Landes Brandenburg nahmen Kfz-Diebstähle im vergangenen Jahr um 30,9 % zu. Hat Berlin etwas damit zu tun?

Statistiken müssen sein, die Kriminalstatistik erscheint jedoch wenig geeignet, Fragen zu beantworten. Sie wirft viele Fragen auf.

### ■ **In eigener Sache!**

„Ehrenamtlichkeit, die Bereitschaft, freie Zeit und evtl. Ausgaben zu investieren, sich gemeinnützig zu engagieren, wird in unserer modernen, materialistisch orientierten Welt zu einem hohen Gut für die Organisationen, die darauf fast existenziell angewiesen sind. Viele Vereine würden ohne das Engagement ihrer Ehrenamtlichen nicht (mehr) existieren können,,

Diese allgemeine Feststellung trifft auf unseren Verband auch zu. Das Leben in einem Verband wird durch seine Mitglieder gelebt. Deshalb wendet sich die Redaktion Profil mit einigen Fragen an alle Mitglieder des BDK. Auch unsere Leserschaft ist gefragt und hat die Möglichkeit sich hier einzubringen.

- Haben Sie Interesse an Fachbeiträge? Wenn ja, zu welchen Themen?
- Möchten Sie eigene Fachbeiträge einbringen?
- Möchten Sie über die Zeitschrift etwas anbieten oder suchen?
- Haben Sie Mut an der Gestaltung der Zeitung mitzuwirken?

**Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion Redaktion.**

**Mit Herz und Verstand für ein bessere Kriminalpolizei!**

## ■ Tierisch ernst !

### Tiere übernehmen immer mehr Aufgaben.

Der Hund ist bekannt als Freund und Helfer. Die Redaktion Profil gratulierte unserer Revierpolizistin Kerstin Preuß, welche mit ihrem Aron einen grandiosen Erfolg im Fotowettbewerb hatte. Aron belegte Platz 1. Aus internen Kreisen wurde bekannt, Aron soll noch in diesem Jahr seine blaue Uniform erhalten. Sein Frauchen kann stolz auf ihn sein. Die Redaktion gratulierte der Kollegin Preuß für die tolle Idee und übersandte ein Leckerli für Aron. Schade, dass im jetzt angelaufenen Fotowettbewerb keine Tierfotos zugelassen sind.

An dieser Stelle wird auch ein dickes Lob an alle Kolleginnen und Kollegen verteilt, welche täglich mit ihrem Vierbeiner im Dienst eine hervorragende Arbeit leisten.



Nach dem Vorbild unserer Kollegen aus Hessen, welche bereits einen Phishingsuchhund vorstellen konnten, hat Brandenburg nun nachgezogen. Seit 01.04. kommt im Bereich der TKÜ ein Hund, namens Liron, zum Einsatz. Er verfügt über ein besonders gut ausgeprägtes Gehör und hervorragende Fremdsprachenkenntnis.

Auf dem Foto ist deutlich zu erkennen, mit welcher hohen Konzentration er bei der Arbeit ist.

Im Projekt „Tiere im Dienst“ wird jetzt auch eine Katze auf ihre dienstliche Verwendung getestet. „Flocke“, so ihr Arbeitstitel, wird im Fax-Hol – und Bringeservice

erprobt. Sollte das Projekt erfolgreich sein, ist vorgesehen das Tier auch bei der abschließenden Bearbeitung von Verfahren einzusetzen. Es konnte beobachtet werden, dass sie sehr gern am PC arbeitet und am liebsten die Entf-Taste benutzt. Damit verspricht sich die Projektführung eine Beschleunigung der Verfahrensbearbeitung.

Als weitere Vorteile für den Einsatz der tierischen Mitarbeiter wurde herausgearbeitet:

- sie meckern nicht,
- sind bescheiden mit ihren Arbeitsbedingungen und ihrer Besoldung,
- sie stellen keinerlei Ansprüche wegen Mehrarbeit.



## ■ Aufruf

Alle Kolleginnen und Kollegen, welche Lust am fotografieren haben, können gern ihre Fotos an die Redaktion senden. Vielleicht wird daraus ein neuer Fotowettbewerb. Natürlich sind auch Tierfotos erlaubt.

## ■ Brandenburg zeigt Flagge und Solidarität in Köln



Köln 24.04.2010: Die Demonstranten stellen sich zur Kundgebung auf. Das Banner "Minister Wolf lässt Kripo sterben" zielt in Köln den Messekreis und macht die verfehlte Innenpolitik der FDP aufmerksam.



Der BDK Landesvorsitzende von NRW Wilfried Albishausen erklärte hierzu: "Wir in Nordrhein-Westfalen protestieren bereits seit November vergangenen Jahres mit 12 Mahnwachen, etlichen Demonstrationen und Aktionen gegen die "Kripofeindliche" Politik des FDP-Innenministers Dr. Ingo Wolf.

5 Jahre Innenpolitik unter der Führung dieses Ministers haben die Kriminalpolizei nicht nach vorne gebracht, sondern in einen Zustand versetzt, der die Funktionsfähigkeit der Verbrechensbekämpfung nicht nur gefährdet, sondern erheblich beschädigt hat.

[..] Die Kriminalpolizei in Nordrhein-Westfalen säuft ab - nicht nur in Vorgängen der Alltagskriminalität - sondern auch bei der Organisierten Kriminalität und der "Internetkriminalität". [...] Opfer und Geschädigte nach Wohnungseinbrüchen, Kraftfahrzeugaufbrüchen erhalten schon nach kurzer Zeit völlig enttäuscht die Einstellungsbescheide der Staatsanwaltschaft. [...]

Der Beruf des Kriminalbeamten ist in Nordrhein-Westfalen zu einer Fortbildungsveranstaltung verkommen, 6 Monate Fortbildung reichen nach Ansicht dieses Innenministers aus, um Kriminalität zu bearbeiten. Den Direkteinstieg und einen Studiengang "Kriminalwissenschaften" lehnt Dr. Wolf kategorisch ab [...]

Als ob dies alles nicht schon schlimm genug wäre, entzog dieser FDP-Minister im Rahmen der "Funktionszuordnung" der Kriminalpolizei 450 Funktionsstellen A12 mit dem Bemerkten "Führung muss sich lohnen" und verlagerte sie in die Schutzpolizei. Was das für die Kriminalpolizei bedeutet, muss ich hier und heute nicht erklären. Und der Innenminister setzte noch einen weiteren Schlag gegen die Kripo: Die von uns erkämpften neuen Stellen, die zur Kompensation des Stellenklaus - wie wir es nennen - verwendet werden sollten, wurden erneut zum großen Teil in die Schutzpolizei verlagert! Deshalb sprechen wir von **Betrug und Lüge!** Niemand versteht die Logik, warum Mordkommissionsleiter nach A11 besoldet werden und damit netto weniger verdienen, als ihre Kollegen vor der Tatortabspernung. Was ist das für eine Politik, die die Leistungen der Kriminalistinnen und Kriminalisten derartig gering schätzt, sich aber gleichzeitig in der Öffentlichkeit bei spektakulären Erfolgen der Kripo feiern lässt."



**Gerd-Christian Treutler**, stellv. LaVo aus Brandenburg überbrachte die solidarischen Grüße aus dem Land der sich vermehrenden Wölfe und der sterbenden Kripo. Er sagte: „Wir stehen seit Jahren ebenso mit dem Rücken an der Wand, wie die Kollegen aus NRW, die hier diese eindrucksvolle Demonstration organisiert haben. Wir Brandenburger können jede Forderung aus eigenem Erleben bekräftigen, die hier überall auf den Plakaten unsere Meinung deutlich machen. Zwanzig Jahre Einheitsausbildung zum Universaldilettanten, 10 Jahre sinnlose Reformen hinter uns und mindestens weitere 10 Jahre vor uns, haben insbesondere die Kripo getroffen. Am Ende dieses rein finanztechnisch begründeten Schrumpfungsprozesses werden wir ein Drittel unserer Kolleginnen und Kollegen verlieren – 3.500 Stellen!

Die Polizei wird sich aus der Hälfte ihrer Standorte zurück gezogen haben und insbesondere in den berlinfernen Regionen werden rechtsfreie Räume entstehen. Räume für die Wölfe im Schafspelz – die Straftäter. Innere Sicherheit kann nicht nach Kassenlage betrieben werden, sie braucht Kontinuität, Professionalität und Motivation!

Günter Brandt, Landesvorsitzender aus Hessen, kann sich freuen: Er hat einen CDU-Innenminister, der die Kripo ernst nimmt und schätzt. Ergebnis: Dort arbeiten auch 22-jährige in der Kripo, die speziell ausgebildet werden und direkt bei der Kripo anfangen. Davon kann sich Ingo Wolf eine Scheibe abschneiden und andere Länder nur davon lernen.

Andre Schulz, Landesvorsitzender aus Hamburg, sieht für Hamburg Nachholbedarf, berichtet aber über den Direkteinstieg in die Kripo und eine entsprechende spezialisierte Ausbildung der angehenden Kriminalisten.

Der Landesvorsitzende aus Niedersachsen, Ulf Küch, erklärt seine volle Solidarität mit NRW und anderen Ländern. Auch in Niedersachsen steht die Kripo mit dem Rücken zur Wand. Durchschnittsalter in Niedersachsen bei der Kripo: 50

Uwe Baumert, Stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender des LV Sachsen bezeichnete die FDP als "Wendehälse". Noch vor der Wahl in Sachsen hatten sie den Stopp des Personalabbaus der Polizei versprochen, nach der Wahl in Regierungsverantwortung betreiben sie ihn schlimmer denn je!



Kriminalistinnen und Kriminalisten aus ganz Deutschland hören den Rednern aufmerksam zu und bekunden ihren Unmut über die FDP lautstark mit Buhrufen und Trillerpfeifen!

Auf Plakaten und Transparenten wird auf die Situation der Kriminalpolizei



aufmerksam gemacht.

Alle Demo-Teilnehmer stellen sich solidarisch an die Seite der Kolleginnen und Kollegen aus NRW.

## ■ Kurioses

### DE/Bochum - Vibrator löst Polizeieinsatz aus

Weil eine Frau in der Nacht in ihrer Wohnung verdächtige Geräusche hörte, alarmierte sie verängstigt die Polizei. Zu ihrer Überraschung wurden die herbeigeeilten Beamten auch fündig – in ihrer Schlafzimmertischkommode. Nach Angaben eines Polizeisprechers hatte die besorgte Anruferin verdächtige Geräusche in ihrer Wohnung gemeldet. Da der Beamte in der Leitstelle die klopfenden Geräusche sogar über das Telefon hören konnte, wurde umgehend ein Streifenwagen geschickt. Die eintreffenden Beamten folgten dem Geräusch bis ins Schlafzimmer der Frau. In der Schublade einer Kommode entdeckten die Polizisten dann unter einigen Kleidungsstücken einen „sehr persönlichen, batteriebetriebener Gegenstand, der sich offensichtlich selbstständig eingeschaltet hatte“, wie es im Polizeibericht heißt. Auf den pikanten Fund reagierte die Frau nach Angaben der Beamten mit einem spontanen „Upps“ und einem abrupten Wechsel der Gesichtsfarbe. Die Ordnungshüter zeigten sich verständnisvoll, wünschten der Frau noch einen netten Abend und verließen den Einsatzort, heißt es im Polizeibericht. (Quelle: Polizei Bochum)



## ■ Meldungen aus dem Ausland:

### CH/Eschenbach

#### Ein Personenwagen vollständig ausgebrannt.

Die Beifahrerin bemerkte während der Fahrt plötzlich eine Flamme im Fußraum des Fahrzeuges. Der Lenker konnte das

Fahrzeug sofort anhalten und sich und seine Beifahrerin in Sicherheit bringen. Kurz Zeit später stand das Fahrzeug in Vollbrand. Die ausgerückte Feuerwehr konnte die totale Zerstörung des Fahrzeuges nicht mehr verhindern.

(Quelle: [www.polizeinews.ch](http://www.polizeinews.ch))

### ■ Beamte – Patienten zweiter Klasse ?

Beamte werden oft beneidet - um den sicheren Arbeitsplatz, die Pension und vieles mehr. Aber spätestens, wenn es um Gesundheitsfürsorge und Krankheitskosten geht, sieht die Sache schon ganz anders aus: Komplexe Abrechnungsverfahren im Beihilferecht machen daraus oft ein wahren Dschungel für die Betroffenen. Hohe Eigenanteile fallen an, müssen privat abgesichert werden. Arztrechnungen und Kostenträgerbescheide sind doppelt einzureichen bzw. zu prüfen.

Beihilfevorschriften und Versicherungsbedingungen ändern sich laufend. Aktive Beamte können sich ggf. auf der Dienststelle gegenseitig helfen. Spätestens beim Eintritt in die Pension wird es ungleich schwerer, den Durchblick zu behalten. Wenn dann noch der Beihilfeberechtigte selbst als Antragsteller ausfällt (Handlungsunfähigkeit oder akuter Pflegebedarf) und die Angehörigen sich nicht auskennen, kann es dramatisch werden: Hohe Rechnungen sind kurzfristig zu zahlen, Erstattungswege lang und mit Fallen gespickt.

Außerdem zählt ein erheblicher Teil der Berliner Beamten, zum Beispiel junge Polizeibeamte, nicht gerade zu den Gutverdienern und auch viele Pensionäre haben wenig in der Haushaltskasse übrig. Chronisch Kranke kämpfen um Erstattungen, Heil- und Hilfsmittel werden manchmal unerschwinglich.

Kompetente Hilfe ist zwar bei offiziellen Stellen zu finden, allerdings nur innerhalb der Bürozeiten. Eine Alternative ist ein Beihilfeberater, der alle Formalitäten übernimmt, berät, bevor ein Problem entsteht und für korrekte und schnelle Kostenerstattung sorgt. In Berlin gibt es ein einziges Unternehmen mit einer gerichtlichen Zulassung dafür: Medirenta. Die Beihilfe-Spezialisten aus Buckow helfen seit rund 25 Jahren den Berliner Landesbeamten und ihren Angehörigen mit umfassendem Service schnell und kompetent durch diese komplexe Thematik – wenn's brennt auch außerhalb der Bürozeiten. Wer mehr dazu wissen will: Auf [www.medirenta.de](http://www.medirenta.de) rund um die Beihilfe laufend aktuelle Informationen.

Wie in der Radaktion Profil bekannt wurde, fühlt sich Medirenta nicht ausschließlich für Berlin verantwortlich. Auch Brandenburger Beihilfeempfänger können von dieser Dienstleistung gebrauch machen.

### ■ Begrenzung der Beihilfe für Leistungen der Heilpraktiker rechtswidrig.

Für Beihilfeberechtigte ist mit Datum vom 12.11.2009 beim Bundesverwaltungsgericht ein interessantes Urteil veröffentlicht worden. Nach diesem Urteil (2 C 61.08) ist die Begrenzung der Beihilfe für Leistungen der Heilpraktiker rechtswidrig. Das bedeutet – bis zum Vorliegen der Urteilsgründe – vorsorglich Widerspruch gegen noch offene Beihilfebescheide einzulegen. Dies ist jedoch auch an bestimmte Bedingungen geknüpft. Allein dieses eine Beispiel macht deutlich, dass man allein meist mit der Problematik im Regen stehen gelassen wird. Also bleibt einem kaum eine Alternative, als jemanden zu fragen, der sich mit dieser Materie auskennt.



Für eine  
Kriminalpolizei  
mit Perspektive !

**Deshalb BDK!**



## ■ Ausgerockt!

Mit Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung über weitere regionale Rockerverbote. Bereits im August 2009 wurde eine Brandenburger Rockerbande verboten. Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) verbot den Verein „Chicanos MC Barnim“ aus Eberswalde, eine Untergliederung des Bandidos. Mit der Aktion wurde auf die zunehmende Gewaltbereitschaft der Rocker reagiert. Ein Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in der Drogen- und Rotlichtszene war die Ermordung eines Berliner Rockers am 14. August 2009 in Berlin. Schönbohm erklärte, das Verbot sei eine klare Botschaft an die kriminellen Rockerbanden: „Entweder ihr gebt auf oder wir räumen auf.“

**Innenminister Klaus Schlie (Schleswig-Holstein) hat die Vereine „Hells Angels MC Charter Flensburg“ und „Bandidos MC Probationary Chapter Neumünster“ verboten.**

„Beide Vereine verstoßen gegen die Strafgesetze und richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung“, sagte Schlie am Donnerstag, den 29. April 2010 in Kiel. 300 Polizeibeamte, darunter das Spezialeinsatzkommando (SEK), durchsuchten zehn Wohnungen von Vereinsmitgliedern und Vereinsheime in Flensburg und Neumünster sowie in der näheren Umgebung beider Städte.

Die Verbotsverfügungen wurden 17 Mitgliedern der „Bandidos“ und 12 Mitgliedern der „Hells Angels“ von Polizeibeamten zugestellt. Danach sind beide Vereine in Schleswig-Holstein mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Jede Tätigkeit und die Bildung von Ersatzorganisationen ist ihnen untersagt. Die Kennzeichen der Vereine dürfen nicht mehr in der Öffentlichkeit verwendet oder verbreitet werden. Das Vermögen der Vereine wird beschlagnahmt und eingezogen. Verstöße gegen das Vereinsverbot können mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit einer Geldstrafe geahndet werden.

Nach Ansicht des Innenministeriums haben beide Vereine den tatsächlichen Zweck, in einem bestimmten Gebiet kriminelle Macht zu entfalten und die Gebiets- und Machtansprüche gegen den jeweils anderen Verein mit Waffengewalt durchzusetzen. Gegen zahlreiche Vereinsmitglieder der Hells Angels und Bandidos laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, beispielsweise wegen gefährlicher Körperverletzung, Verstößen gegen das Waffengesetz oder Nötigung.

Das Innenministerium habe die Vereinsverbote hinter den Kulissen von langer Hand sorgfältig vorbereitet und rechtlich gut begründet. „Jetzt ist der Zeitpunkt zum Handeln gekommen“, sagte Schlie. Er bleibe auch in Zukunft konsequent bei der Linie: Ein Vereinsverbot macht man oder man lässt es bleiben – in dem einen wie in dem anderen Fall redet man aber vorher nicht öffentlich darüber.

Der Minister warnte aber vor überzogenen Erwartungen. „Wir können trotz der Vereinsverbote nicht ausschließen, dass es weiter gewalttätige Auseinandersetzungen im kriminellen Rockermilieu geben wird“, sagte Schlie. Die Vereine seien verboten, die ehemaligen Vereinsmitglieder aber nach wie vor vorhanden. Die Polizei werde daher die Szene weiterhin sorgfältig beobachten. Mit dem Vereinsverbot im Rücken könne die Polizei künftig sofort einschreiten, wenn auch nur ansatzweise gegen das Verbot verstoßen werden sollte. „Die erfolgreiche Null-Toleranz-Strategie bleibt die Richtschnur polizeilichen Handelns“, sagte Schlie.

Die Vereinsverbote haben nach Überzeugung von Schlie mehrere Wirkungen: Die rechtswidrigen Strukturen würden aufgelöst, der organisatorische Zusammenhalt gehe verloren und die finanzielle Grundlage sei weg. Man dürfe auch die psychologische Wirkung der Vereinsverbote nicht unterschätzen. Verbotene Rockerclubs könnten sich nicht mehr länger als mächtige Organisationen in der Öffentlichkeit präsentieren. „Das tut diesen Leuten weh, weil der martialische Auftritt wesentlicher Inhalt ihres kranken Verständnisses von Stolz und Macht ist“, sagte der Minister.

(Quelle: Medienberichte)

Der BDK befürwortete bereits mehrfach öffentlich ein Verbot krimineller Rockergruppen.